

Gemeinderat Johann Slamanig

Donnerstag, 29. Juni 2006

Betrifft: Verkehrssicherheit an der Strassgangerstrasse

Anfrage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

An der Strassgangerstrasse im Bereich der Schererstrasse sind die Bewohner dieser Siedlung besorgt über die mangelnde Verkehrssicherheit. In Kürze wird hier der Spielplatz eröffnet. Nun ist die Situation derart problematisch, weil einerseits die erforderlichen Gehsteige und Schutzwege fehlen.

Andererseits gibt es dort zwei Bushaltestellen. Jedermann, der sich über die Verkehrssituation ein Bild macht, wird erkennen, dass es nur eine Frage der Zeit ist, das hier etwas passiert. Der KPÖ-Klub hat an Sie, sehr verehrter Herr Bürgermeister, bereits in der Gemeinderatssitzung vom 16. Juni 2005 in diesem Zusammenhang eine Frage gestellt. Tatsächlich ist bisher noch nichts geschehen. Kinder queren die Strasse vor und hinter den Bussen.

Bis tatsächlich der gesamte Straßenbereich baulich gesichert wird, richte ich daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs, an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister folgende

Anfrage

Sind Sie bereit, sich als Sofortmassnahme dafür einzusetzen, dass bis zur Gesamtanierung dieses Straßenabschnittes, zur Erhöhung der Verkehrssicherheit die zulässige Höchstgeschwindigkeit in diesem Abschnitt auf 30 km/h herabgesetzt wird?

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

29. Juni 2006

Anfrage

Betrifft: Standplatz des Bücherbusses im Bereich der Wienerbergersiedlung IV

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Bücherbus hatte bislang seinen Standort bei der Einfahrt in die Wienerbergersiedlung IV (St. Peter). Er musste jetzt der Verlängerung der Straßenbahnlinie 6 weichen. Die Planungsgruppe hat den Bücherbus jedoch nicht in die Neugestaltung eingebaut.

In dieser Siedlung hat der Bücherbus die höchsten Entlehnungszahlen. Es ist auch Kindern möglich, sich ihre Bücher allein zu holen und diese wieder zurückzubringen, da der Bücherbus derzeit auf einer verkehrsfreien Fläche steht. In Zeiten der Schließungsaktivitäten anderer Büchereizweigstellen ist es wichtig, bestehende Standorte aktiv zu halten.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, dafür zu sorgen, dass der Bücherbus nach Fertigstellung der Umkehrschleife der Linie 6 im Siedlungsbereich Wienerberger IV einen fixen Standplatz bekommt?



Die Grünen – Alternative Liste Graz
Gemeinderatsklub
A-8011 Graz, Rathaus

Telefon (0 31 6) 872-21 62
Telefax (0 31 6) 872-21 69
E-Mail gruene.klub@stadt.graz.at
Web <http://www.graz.gruene.at>

Anfrage an den Bürgermeister
Eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 29.6.2006
Von Klubobfrau Sigi Binder

Betrifft: Tarifierhöhung GVB

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

am Samstag, den 1. Juli werden die Tarife des Verkehrsverbundes, also auch jene der GVB für alle Fahrgäste ein weiteres Mal um rund 4% angehoben. Innerhalb weniger Wochen haben rund 9.000 Menschen ihrem Ärger und ihrer Betroffenheit darüber im Rahmen einer von uns ins Leben gerufenen Unterschriftenaktion Ausdruck verliehen. Dass die Tarifierhöhung in Zeiten der Feinstaubbelastung und der stetigen, gesundheitsbedrohlichen Zunahme des motorisierten Verkehrs ein fatales, inakzeptables Signal ist, müsste allen hier Anwesenden bewusst sein. Und dass daher sowohl auf den politischen Ebenen in Stadt, Land und Bund, als auch auf der wirtschaftlichen Ebene der Grazer Stadtwerke alles unternommen werden muss, um diese Entwicklung zu verhindern, sollte auch außer Streit stehen.

Daher meine Anfrage an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

was genau haben Sie unternommen, um den Grazerinnen und Grazern die neuerliche Tarifierhöhung bei den Grazer Verkehrsbetrieben zu ersparen?

**Anfrage an den Bürgermeister
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 29.6.2006
von GR Hermann Candussi**

Betrifft: Grünraum- und Baumschutz

Die Art und Weise, wie eine Stadt mit dem Schutz ihrer Bäume und Grünflächen umgeht, ist ein aussagekräftiger Gradmesser für ihre Lebensqualität. Dass Graz diesbezüglich ein ernsthaftes Problem hat, haben wir Ihnen und dem Gemeinderat in unterschiedlichen Anträgen und Anfragen zur Baumschutzverordnung, zum Grünraumschutz im Bauverfahren, zum Ankauf von Waldflächen, zur Erstellung von Bepflanzungsrichtlinien u.v.m. immer wieder deutlich zu vermitteln versucht.

Nicht zuletzt die vergangenen Wochen haben uns allerdings wieder drastisch vor Augen geführt, dass die zuständigen Ämter in keiner Hinsicht in der Lage sind, Bauverfahren und Grünraumschutz in Einklang zu bringen, Pflegemaßnahmen zu koordinieren, geschweige denn aktive Informationspolitik gegenüber der Bevölkerung zu betreiben. Ein Auszug aus den Vorkommnissen der letzten Wochen:

Am Rosenhain beginnen die stadt eigenen Geriatrischen Gesundheitszentren ohne naturschutzrechtliche Genehmigung mitten in einem wunderschönen Freilandgebiet direkt an der Promenade der Max Mell Allee einen großzügigen Parkplatz für PKW zu planieren.

Nach den Pfingstfeiertagen werden ohne jedwede Vorankündigung über 20 Bäume der Oeverseeallee gefällt, nachdem der Bevölkerung erst im November des vergangenen Jahres deren Erhalt nach einem, wenngleich umstrittenen, Rückschnitt versprochen wurde.

Hinter dem Karlauerplatz fallen entgegen der mehrmaligen Zusicherung seitens der Bau- und Anlagenbehörde im öffentlich zugänglichen und beliebten Park der Pfarre sechs gesunde Ahornbäume der Kettensäge zum Opfer, weil der angrenzende, neu errichtete Lebensmittelmarkt ausgerechnet dort einen Sickerschacht errichten muss. AnrainerInnen, die ihren Befürchtungen rechtzeitig Ausdruck verliehen haben wurde sogar vom Bauwerber selbst versichert, dass keiner der Bäume entfernt werden wird.

Beim umstrittenen Bauvorhaben in der Maiffredygasse stellt sich plötzlich heraus, dass die Baugrenzen, die dort erstmals auch für unterirdische Bauwerke im Bebauungsplan eingezeichnet wurden für den Schutz der Bäume keine Wirkung haben, da sie laut Bauwerber nur für das später errichtete Bauwerk nicht aber für die Baustelle gelten. Die dadurch vermeintlich geschützte Baumreihe existiert nicht mehr.

Bei der Rückverfolgung all dieser Ereignisse stoßt man immer wieder auf die Erkenntnis, dass zahlreiche Bäume und Grünflächen in Graz der Tatsache zum Opfer fallen, dass weder die politisch zuständigen ReferentInnen der jeweiligen Ämter, noch die Ämter selbst ihre Arbeiten und Absichten koordinieren, geschweige denn miteinander kooperieren. Es fehlt schlichtweg der politische Wille und die tägliche Praxis, den

Grünraumschutz auf Basis der ohnehin sehr schwachen Gesetzesgrundlagen für diese Stadt zu optimieren.

Aus diesem Grund richte ich heute an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister die

Anfrage:

Bist du bereit, die Magistratsdirektion zu beauftragen, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die nötige Koordination zwischen den zuständigen Magistratsabteilungen sicher zu stellen?

Gemeinderätin Ingeborg Bergmann

Donnerstag 29. Juni 2006

ANFRAGE

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betr.: Preispolitik bei den Grazer Freizeitbetrieben

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Preispolitik der Grazer Stadtwerke durch ihre Freizeitbetriebe führt dazu, dass für viele Familien mit Kindern ein Badetag in unseren städtischen Schwimmbädern schon bald zum Luxus wird. Die Eintrittspreise liegen über jenen in anderen Landeshauptstädten. Auch die sogenannten Familienkarten stellen keine Alternative dar. Im folgenden möchte ich einen Preisvergleich der Eintritte mit der Bundeshauptstadt Wien anführen:

Art des Eintrittes	GRAZ	WIEN
Tageseintritt Erwachsene	5,70	3,50
Tageseintritt Ermäßigte	3,60	2,50
Tageseintritt Kinder 0-6 Jahre	0,70	
Tageseintritt Kinder 7-14 Jahre	6-16 Jahre: 3,20	0,50
Tageseintritt Jugendliche 15-18 Jahre		1,50
Familienkarte ein Erwachsener, ein Kind	7,30	4,50
Familienkarte zwei erwachsene zwei Kinder	13,50	9

Wie sie aus diesem Vergleich herauslesen können, unterscheidet das Tarifsystem der Freizeitbetriebe in der Altersspanne zwischen 6 und 15 Jahren nicht zwischen Kindern und Jugendlichen. Darüber hinaus kann man auch erkennen, dass die sogenannten Familienpakete wesentlich teurer sind, als in der Bundeshauptstadt. Die Eintrittspreise wurden in Wien seit dem Jahr 2003 nicht mehr erhöht, sondern im Vergleich zum letzten Kalenderjahr sogar um 0,50 Cent gesenkt. Die Freizeitbetriebe erhöhten die Preise ganz aktuell im Jahr 2006.

Die KPÖ tritt schon seit Jahren für leistbare Eintrittspreise in den Grazer Bädern ein.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Sind sie bereit sich bei den zuständigen Stellen der Freizeitbetriebe dafür einzusetzen, dass 1. eine Preiskorrektur nach unten vorgenommen wird und es 2. für die nächste Badesaison zu keiner Erhöhung für die Eintrittspreise kommt?

**Anfrage an den Bürgermeister
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 29.6.2006
von Klubobfrau Sigi Binder**

Betrifft: BIG BürgerInneninformation Graz

Es war einmal eine BIG, eine Zeitung der Stadt Graz, in der entsprechend einer demokratischen Informationspolitik die Klubobleute aller im Gemeinderat vertretenden Fraktionen auf einem fixen Platz in jeder Ausgabe ihre Meinung zu brennenden, kommunalpolitischen Themen kundtun konnten. Heute gibt es eine BIG, in der kritische Meinungen zur Arbeit der Stadtregierung nicht mehr vorgesehen, geschweige denn erwünscht sind. Ein Beispiel dafür lieferte die Ausgabe vom Mai 2006, in der seitens der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit eingeholte Kommentare der Klubobleute zum Thema Eckwertbudget letztendlich schlichtweg nicht erschienen sind.

Die BIG erscheint 6 bis 8 Mal jährlich in einer Auflage von rund 140.000 Stück. Sie ist eine Stadtzeitung für alle Grazerinnen und Grazer, unabhängig davon welcher Partei sie bei der letzten Wahl ihre Stimme gegeben haben. Und alle Grazerinnen und Grazer haben folglich auch ein Recht auf die im Gemeinderat vertretene Meinungsvielfalt. Dass es dieses Selbstverständnis anderswo gibt, zeigt z.B. die Stadt Weiz in ihrer Stadtzeitung.

Darüber hinaus sollte es uns auch ein Anliegen sein, die Zeitung der Stadt Graz zu einer Zeitung der Grazerinnen und Grazer zu machen, indem den Bürgerinnen und Bürgern selbst ein Forum eingerichtet wird, in dem sie ihnen wichtige Informationen und Berichte kommunizieren können.

Meine heutige Anfrage daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister:

Sind sie bereit dafür zu sorgen, dass

1. in der BürgerInneninformation Graz (BIG) hinkünftig in jeder Ausgabe für jede im Gemeinderat vertretene Fraktion ein redaktioneller Beitrag möglich ist und
2. eine geeignete Form gefunden wird, dass auch BürgerInneninitiativen und aktive Grazerinnen und Grazer in der BIG einen fixen Platz zum Informationsaustausch bekommen?

Klubobfrau, Gemeinderätin
Mag. Maxie Uray-Frick

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8010 Graz

Dienstag, 27. Juni 2006

Betreff: Einladung zum Stadtparkgipfel; mündliche Anfrage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im März dieses Jahres hat der Freiheitliche Gemeinderatsklub einen dringlichen Antrag und im Mai dieses Jahres eine Anfrage mit dem Betreff „Stadtparkgipfel“ gestellt.

Tenor des mit Mehrheit beschlossenen dringlichen Antrages war, dass ein Stadtparkgipfel einberufen werde, an welchem neben dem Bürgermeister, die Klubobleute der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen, die Bezirksvorsteher der Bezirke die an den Stadtpark angrenzen, Vertreter der Polizei, des Wirtschaftshofes, des Stadtgartenamtes, des Jugendamtes, des Gesundheitsamtes, der Naturwacht und der Landesregierung teilnehmen sollten. Zusätzlich sollten Vertreter von Schülern und Studenten, sowie Seniorensprecher und Medienvertreter geladen werden.

Im Juni war es dann so weit, der von FPÖ-Gemeinderat Mag. Harald Korschelt initiierte Stadtparkgipfel fand tatsächlich statt. Vertreter der Medien waren vermutlich auch anwesend, denn ich konnte am darauf folgenden Tag einer Grazer Tageszeitung entnehmen, dass erstens der Stadtparkgipfel stattgefunden hatte und, dass zweitens die FPÖ nicht vertreten war.

Meine Verwunderung war groß und nachdem ich die Ursache eruiert hatte, warum kein Vertreter meiner Fraktion anwesend war, wurde aus der Verwunderung Verärgerung, denn man hatte offensichtlich vergessen, den Freiheitlichen Klub oder mich in meiner Funktion als Klubobfrau einzuladen. Auf Nachfrage im Bürgermeisteramt wurde mir mitgeteilt, dass der Antragsteller des dringlichen Antrages Gemeinderat Mag. Korschelt informiert worden sei. Diese Mail ist nicht angekommen. Auch möchte ich darauf hinweisen, dass dem mit Mehrheit beschlossenen dringlichen Antrag zu Folge, wie im Antragstext klar und deutlich formuliert, die Klubobleute einzuladen gewesen wären. Wie ich gehört habe soll übrigens auch die Fraktion der Grünen nicht ordnungsgemäß geladen worden sein. Ich will niemandem Böswilligkeit unterstellen, aber es ist dies eine äußerst unprofessionelle, um nicht zu sagen, schlampige, Vorgehensweise. Vielleicht sollten Mittel, auf die man in Gut-Mensch-Manier verzichten will, besser in ein Kommunikationsseminar für das Team um den Bürgermeister angelegt werden!

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob Sie bereit sind in Zukunft Einladungen, vor allem jene die per Mail versandt werden, rechtzeitig und ordnungsgemäß an die im Grazer Gemeinderat vertretenen Klubs zu versenden?

Graz, 29/06/06

Anfrage

Betreff: Volkszählung/Aktuelle Einwohnerstatistik

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im Zusammenhang mit meiner Anfrage Nr. 403/2005 habe ich diverse Recherchetätigkeiten durchgeführt. Die wesentlichsten Ergebnisse verdienen es, im Gemeinderat diskutiert zu werden.

Im Jahr 2001 wurde in Graz eine Volkszählung durchgeführt. Aktuelle statistische Daten die Einwohnerzahlen unserer Stadt betreffend sind erst wieder ab dem Jahr 2005 verfügbar! Ein kontinuierlicher Vergleich der Einwohnerzahlen ist somit in Graz über Jahre hindurch nicht möglich gewesen.

Noch erschreckender war für mich der Vergleich zwischen den Zahlen der Volkszählung und dem Einwohnerstand von Dezember 2005. Die Volkszählung 2001 stellte fest, dass in Graz 226 244 Menschen ihren Hauptwohnsitz hatten. Im Dezember 2005 hatte Graz nach den Ergebnissen, die mir das Referat für Statistik liefern konnte, 247 488 mit Hauptwohnsitz gemeldete Einwohner. Es ist für mich nun in keiner Weise nachvollziehbar, wie sich die Bevölkerung von Graz in wenigen Jahren um gut 21 000 Menschen hätte vermehren können.

Aus diesem befremdlichen Umstand ergeben sich folgende zwei Konsequenzen:

- 1.) Entweder das Ergebnis der Volkszählung oder die Zahlen aus dem Jahr 2005 sind falsch!
- 2.) Gesetzt den Fall, die Zahlen der Volkszählung sind falsch, so kann man daraus ableiten, dass der Stadt Graz aus diesem Fehler heraus auf zehn Jahre gerechnet, potentielle Einnahmen in der Höhe von ungefähr 152 Millionen EURO – nicht Schilling, sondern EURO! – entgehen!

Eine offizielle Befassung der zuständigen städtischen Einrichtungen erscheint mir daher angebracht.

Ich richte daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass unverzüglich abgeklärt wird, ob nun die Zahlen der Volkszählung oder die Zahlen, welche von der Stadt Graz für 2005 ermittelt wurden,

richtig sind, und für den Fall, dass die Volkszählung falsche Daten geliefert hat, welche Strategien wir setzen müssen, um den daraus erwachsenen Schaden so gering wie nur irgendwie möglich zu halten?

Gemeinderat
Mag. Harald Korschelt

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8010 Graz

Mittwoch, 28. Juni 2006

Betreff: Drogeninitiative; mündliche Anfrage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Obwohl sich auf der heutigen Tagesordnung ohnehin ein Bericht mit dem Betreff „Strategien der Stadt Graz für eine wirksame Suchtpolitik“ befindet, möchte ich das Thema Drogen in Form dieser mündlichen Anfrage kurz ansprechen. Medienberichte, Gespräche mit Schülern, eigene Wahrnehmung, und das Lesen des erwähnten Gemeinderatsstückes bestärken mich in meiner Meinung, dass das Drogenproblem eines der vordringlichsten Probleme dieser Stadt ist, dem wir uns zu widmen haben.

Ohne nun die Leistungen des Gesundheitsamtes und der zahlreichen Vereine und Organisationen, die sich in oft aufopfernder Weise für Süchtige einsetzen schmälern zu wollen, denke ich doch, dass die Stadt Graz noch immer nicht genug im Kampf gegen diverse illegale, aber auch legale Rauschmittel unternimmt. So sollte meiner Meinung nach ein Wandel vom Entwickeln 'neuer' Ideen zum Setzen von Taten erfolgen. Die Stadt Graz muss nach dem Motto „Jede Hilfe für die Süchtigen, aber extrem harte Strafen für Dealer“ aktiv werden.

Das Drogenproblem wird sich nur durch besondere Überwachung eindämmen lassen. Ohne verstärkten Einsatz von Polizei auf Straßen und Plätzen wird der gewünschte Erfolg nicht zu erreichen sein. Eine Aufstockung der Drogenfahnder bei der Grazer Polizei muss dringendst erfolgen. Auch müssen vor allem die Plätze vor den Grazer Schulen wieder verstärkt in eine polizeiliche Überwachung einbezogen werden.

Hand in Hand mit diesen Maßnahmen muss der Bereich der Aufklärung in Schulen verstärkt werden, muss den jungen Menschen klar gemacht werden, dass der Konsum von illegalen Drogen und auch der Konsum legaler Substanzen wie die sogenannten Alkopops ihre Gesundheit ruinieren und ihre Zukunft vernichten können.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob Sie dafür sorgen werden, dass in der Stadt Graz eine Drogeninitiative gestartet wird?